

Vortrag am Osteuropa-Tag des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) am 25.1.1992 in Zürich

Liebe Anwesende,

es freut mich, zusammen mit Mariella Mehr einen Einstieg ins Thema dieser Tagung zu geben. Erwarten Sie bitte nicht zuviel von mir. Ich habe mich, ausgehend vom Schicksal der Fahrenden in der Schweiz, ein wenig mit der Geschichte auch der anderen Stämme der Roma vertraut gemacht. Aber ich bin kein spezieller Kenner der Verhältnisse in Osteuropa. Ich bin daher selber sehr gespannt auf die Informationen, die heute von dorthier direkt zu uns gelangen werden.

Die Roma, das alte Wandervolk zwischen den Zivilisationen, lösen bei uns angeblich besser Zivilisierten, weil Sesshaften, teils Hassgefühle und Ablehnung aus, aber auch Sehnsüchte nach einem ungebundenen Dasein sowie Versuche der romantischen Verklärung ihrer Lebensweise. Den Romasippen aus all ihren über die ganze Welt wandernden Stämmen wäre es jedoch wohl am liebsten, wenn ihnen die Gadschi, die Nicht-Roma, freundliche Toleranz entgegenbringen würden. Leben und Leben lassen ist die Devise der Roma, während ihnen gegenüber allzuoft das Gegenteil praktiziert wurde und wird.

In der Schweiz hat man den Fahrenden die Kinder gewaltsam weggenommen, um sie zur Sesshaftigkeit umzuerziehen, und das bis zum Jahr 1972. Es ging bei dieser Aktion vergessen, dass bereits die Staatsbeamten der Kaiserin Maria Theresia mit einem ähnlichen Versuch gegenüber den Roma in Österreich-Ungarn ein vergleichbares Desaster von bürokratischen Zwangsmassnahmen und sinnlosem menschlichem Leid angerichtet haben.

Bekanntlich sind diese lokal begrenzten Versuche, die Kultur der Nichtsesshaften zu vernichten, durch den nationalsozialistischen Massenmord an 600'000 sogenannten "Zigeunern" und "Zigeunerbastarden" in ganz Europa von einer Dimension des Schreckens überboten worden, die mit Zahlen und Worten nur schwer zum Ausdruck zu bringen ist.

Sowenig aber die Hexenverfolgung den Blick auf die weniger blutigen Formen der Frauenunterdrückung im Patriarchat verstellen darf, sowenig darf bei der Darstellung des Verhältnisses zwischen Sesshaften und Fahrenden vergessen werden, dass die jeweilige Konstellation immer nur die Spitze des Eisbergs einer jahrtausendealten Verfolgungsgeschichte bildet.

Die eidgenössische Tagsatzung befiehlt im Jahr 1574, dass jeder Ort Massregeln zur Ausrottung der "Zeginer" treffen solle. Schon 1498 hat der Deutsche Reichstag zu Freiburg im Breisgau die Fahrenden als "Zauberer, Hexen, Gauner, Verbrecher und Pestbringer" angeklagt. 1525 wird im schweizerischen Freiburg ein Rom auf der Folter zum Geständnis gebracht, "dass alle Zeginer Räuber und Mörder seien". 1539 erlässt König Karl der Fünfte für Spanien ein Dekret, wonach nomadisierende Gitanos hingerichtet seien, ebenso alle anderen Besitzlosen, die nicht bei einem Dienstherrn angestellt seien. 1557 verweist der polnische Reichstag sämtliche Roma

in Polen und Litauen des Landes. 1586 erlässt Dänemark die Vorschrift, die Anführer aller Zigeunergruppen hinzurichten. 1711 vereinbart August der Starke, König von Polen und Litauen sowie Kurfürst von Sachsen: "Wenn die Zigeuner das Land betreten, sollen sie gestäupt (d.h. mit Ruten geschlagen), das zweite Mal aber mit dem Tode bestraft werden." Tafeln dieses Inhalts aus dem 17. Jahrhundert wurden auch in anderen feudalen Herrschaftsgebieten aufgestellt, ein Exemplar befindet sich heute noch im Stadtmuseum von Nördlingen. 1725 gibt König Friedrich Wilhelm der Erste von Preussen einem Erlass Gesetzeskraft, wonach alle männlichen und weiblichen Zigeuner über 18 Jahre ohne Gerichtsverfahren am Galgen aufgehängt werden können.

1782 wurde in Ungarn eine Gruppe von 200 Roma des Kannibalismus verdächtigt. 41 Frauen und Männer wurden solange gefoltert, bis man ihnen ein Geständnis abgepresst hatte. 18 Frauen wurden geköpft, 15 Männer gehängt, 6 Männer aufs Rad geflochten und 2 Männer wurden gevierteilt. Eine kaiserliche Kommission kam dann allerdings zum Schluss, dass die 150 angeblich aufgeessenen Gadschi allesamt noch am Leben waren. Hierauf wurde die Anklage gegen die übrigen 150 Roma der inkriminierten Gruppe fallengelassen.

Die historischen Schreckensmeldungen aus Mittel- und Westeuropa laufen seit Ende des 15. Jahrhunderts immer auf dasselbe hinaus: Die nomadisierende Lebensweise der Roma wurde bei Androhung und Durchführung drakonischer Massnahmen unter Verbot gestellt. Seit dem ersten diesbezüglichen Versuch, der 1619 in Spanien stattfand, wurde auch immer wieder versucht, die Roma durch Zwangsansiedlungen oder Kindswegnahmen sesshaft zu machen und sie ihrer Kultur, Sprache und Lebensweise zu entfremden.

Demgegenüber verlief die Entwicklung in Südosteuropa etwas anders. Dort waren die Roma auf ihrem Weg aus Indien, wo ihresprachlichen und historischen Ursprünge liegen, bereits im 12. und 13. Jahrhundert angekommen. Die meisten von ihnen waren von den lokalen Feudalherrschern beispielsweise im Gebiet des heutigen Rumänien sogleich unterworfen worden. Als Leibeigene mussten sie in den Goldbergwerken als Minenarbeiter und Goldwäscher dienen, soweit sie nicht als gewöhnliche, an die Scholle gebundene Landarbeiter gehalten wurden. Einigen Handwerkergruppen, etwa den Schmieden und den Löffelmachern, gelang es aber auch in Rumänien, sich gegen regelmässige Abgabe von Sondersteuern eine gewisse Bewegungsfreiheit zu erhalten. Erst im Lauf des 19. Jahrhunderts verloren diese Formen der Leibeigenschaft ihre offizielle Rechtskraft, bis heute blieb aber die Verachtung und Geringschätzung der jahrhundertlang brutal geknechten Volksgruppe erhalten.

1837 beschrieb der rumänische Schriftsteller Michael Kogalniceanu die Lage der leibeigenen Roma folgendermassen:

"In meiner Jugend sah ich in den Strassen von Jassy menschliche Wesen mit Ketten an den Füßen. Einige von ihnen trugen sogar einen eisernen Ring um den Kopf oder Hals. Grausam ausgepeitscht zu werden, zu hungern, nackt in den Schnee oder in zufrierende Flüsse geworfen zu werden, mit Rauch fast bis zum Ersticken gequält zu werden; solcher Willkür waren die Zigeuner ausgesetzt."

Erst 1855 wurden die rumänischen Roma aus ihrer Leibeigenschaft befreit. Es handelte sich dabei immerhin um eine Bevölkerungsgruppe von mindestens 200'000 Menschen.

Damals begann eine Wanderbewegung Richtung Russland, Mitteleuropa, Westeuropa bis nach Spanien, England und Irland und von da aus bis nach Amerika. Sie hielt bis in die zwanziger und dreissiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts an. Viele der heute in Skandinavien, Spanien oder Frankreich ansässigen Roma-Gruppen erinnern sich noch genau an ihre relativ kurz zurückliegende Absetzbewegung aus den Balkanländern. Umgekehrt grenzen sich die seit dem 15. Jahrhundert in Mittel- und Westeuropa herumziehenden Sippen von diesen Neuankömmlingen scharf ab. Der weitaus grösste Teil der südosteuropäischen Roma blieb jedoch auch nach dem Zusammenbruch der feudalen Herrschaftsformen in den Balkanländern. Teils als herumziehende Handwerker-, Schausteller- und Musikersippen, teils als in gettoartig abgeschirmten Siedlungen ansässige Gelegenheitsarbeiter und wohl auch Gelegenheitsbettler und Gelegenheitsdiebe lebten und leben bis heute in den meisten osteuropäischen Ländern beachtliche Populationen von Roma. In Volkszählungen werden sie nur unvollständig als eigenständige Gruppen erfasst, da sie verständlicherweise oft keinen Vorteil darin erblicken, sich als Roma registrieren zu lassen.

Bei den folgenden Zahlen, die Sie auch auf dem verteilten Blatt finden, handelt es sich somit um Schätzungen. Für Jugoslawien schwanken die Schätzungen zwischen 170'000 und 700'000 Roma.

Für die heute noch rudimentäre Rechtsstellung dieser Bevölkerungsgruppe ist charakteristisch, dass im Lauf der ganzen Berichterstattung über die Differenzen der verschiedenen Volksgruppen im Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawien die Roma allenfalls im Zusammenhang mit der Ansiedlung von aus der BRD abgeschobenen Roma beispielsweise in Schutka bei Skopje, der Hauptstadt der Republik Mazedonien, die Rede ist.

Der massenhaften Zuwanderung von Roma aus dem vom Feudalismus befreiten Osteuropa begegneten viele Staaten Mittel- und Westeuropas, nicht zuletzt auch die Schweiz, mit strengen Kontroll- und Abwehrmassnahmen. Zusammen mit Bayern und Preussen erliess die Schweiz 1887 ein absolutes Einreise- und Transportverbot für Roma, die aus dem Ausland kamen. Mit Ausnahmen gegenüber einigen wenigen Familien, ihre Zahl ist an einer Hand abzuzählen, erhielt die Schweiz dieses Einreiseverbot bis 1972 aufrecht.

Besonders bitter wirkte es sich in der Zeit des Nationalsozialismus aus, wo diese Einreisesperre auch für viele Roma-Familien den sicheren Tod bedeutete.

Trotz der grossen Auswanderungswelle seit 1850 und trotz der faschistischen Vernichtungslager gibt es auch in der Nachkriegszeit immer noch sehr grosse Bevölkerungsgruppen von Roma in Osteuropa. Die Zahlen für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien habe ich genannt. Für Rumänien lagen Schätzungen aus den 1970er Jahren zwischen 200'000 und zwei Millionen. Für Ungarn, die Tschechoslowakei und Russland liegen die Schätzungen jeweils zwischen 200'000 und einer

halben Million.

Die sozialistischen Diktaturen kamen der mit jeder Bürokratie unverträglichen Kultur und Lebensweise der Roma in einiger Hinsicht auch entgegen, wobei es allerdings je nach jeweiligem Regime grosse Unterschiede gab. In der Sowjetunion wurde 1931 das berühmte und bis heute bestehende Moskauer Zigeunertheater gegründet. In Ungarn erfuhren vor allem die Musiker unter den Roma spezielle Förderung.

Die antifaschistische Stossrichtung der sozialistischen Doktrin ermöglichte eine klare historische Aufarbeitung der Verbrechen, welche die deutschen Nationalsozialisten und ihre faschistischen Satellitenregierungen an den Roma Osteuropas verübt hatten. Etliche Roma erhielten als überlebende Opfer des Faschismus lebenssichernde Renten.

Aber auch die sozialistischen Bürokratien griffen oft hart durch gegen die Roma. Sie wurden zwangsangesiedelt und durften, wie alle Staatsbürger, nicht ungehindert reisen.

Ihre Kinder wurden teils zwangsweise in ein ihnen nicht gemässes Schulsystem eingegliedert.

In der Slowakei kam es zu Zwangssterilisierungen an Roma-Frauen.

Insgesamt gelang es auch der antifaschistischen und die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Minoritäten vertretenden sozialistischen Rhetorik keineswegs, eine Gleichberechtigung der Roma, verbunden mit Respekt vor ihrer Kultur und Lebensweise, durchzusetzen.

Allzuoft schlugen die alten Vorurteile durch. Die Roma befanden sich auch in den staatssozialistischen Gesellschaften auf der untersten Stufe sozialer Wertschätzung. Im Zug des Anschlusses der vom bürokratischen Sozialismus und vom Kalten Krieg von der übrigen Welt abgekoppelten Länder Osteuropas an den Weltmarkt verschlechtert sich der Lebensstandard für die breiten Massen drastisch. Verbreitete Arbeitslosigkeit, weggefallene soziale Dienste und Sicherungen sowie exorbitante Preissteigerungen haben breite Schichten in Formen der Armut zurückgeworfen, die in den letzten Jahrzehnten vorwiegend den Verelendeten der sogenannten Dritten Welt zugemutet worden sind. Diese Verarmung trifft neben der Arbeiterschaft in erster Linie jene, die schon vorher die unterste Schicht der Bevölkerung in Osteuropa ausmachten, eben die Roma.

Zu den gegenwärtigen Preisen eine vielköpfige Familie zu versorgen, ist zurzeit nirgends in Osteuropa leicht, und die Roma-Familien sind traditionellerweise kinderreich. Andererseits haben die Roma eine jahrtausendelange Erfahrung mit der Armut. Ihre Flexibilität und ihre Sippenstrukturen sichern ihnen auch in wirtschaftlichen Extremsituationen das Überleben; einzelne verstehen es auch, ihre traditionellen Fähigkeiten als Zwischenhändler in der gegenwärtigen chaotischen Umbruchphase zu nutzen, wo anstelle der bürokratischen Verteilungsmechanismen Märkte aller Art entstehen.

Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene führte die Diskreditierung der wegen Privilegienwirtschaft und Doktrinarismus unglaublich gewordenen sozialistischen Staatstheorien zur explosionsartigen Freisetzung von Ideenmustern, die lange

verboten waren.

Es handelt sich dabei nicht nur um anarchistische, demokratische, religiöse und marktwirtschaftliche Ideen. Ungebrochen nationalistische und faschistische Ideologien finden fast noch stärkeren Zulauf.

Nach dem Muster verflossener faschistischer Regimes werden Sündenbocktheorien konstruiert.

Noch sind die früheren Machthaber für diese Rolle einigermaßen geeignet. Bereits aber gibt es wieder Demagogen, und sie finden beachtlichen Zulauf, welche nach dem alten Muster den Juden, den Freimaurern und natürlich den „Zigeunern“ die Schuld an der Wirtschaftsmisere anlasten. Erste Pogrome gegen Roma haben bereits stattgefunden, so im Juni 1990 in Rumänien. Unzufriedene Bergarbeiter liessen ihre Wut an den Roma von Bukarest aus.

Immer wieder gibt es in Rumänien Zusammenrottungen von Gewalttätern, welche die Behausungen von Roma-Familien zerstören, um sie zu vertreiben. Die Demokratische Union der Roma Rumäniens hat allein bis zum September 1991 siebzehn solche Fälle aufgelistet.

Auf staatlichen und polizeilichen Schutz können die Roma in solchen Fällen nicht zählen.

In der Tschechoslowakei, in Brno, fand im August 1991 eine Kundgebung von 15'000 Mitgliedern der rechtsradikalen Republikanischen Partei statt. Ihr Vorsitzender Miroslav Sladek forderte dort, mit den „Zigeunern“ kurzen Prozess zu machen.

In Varnsdorf in Nordböhmen tauchten im Jahr 1990 anonyme Plakate auf, die unter der Parole "Tod den Zigeunern" Kopfgelder in DM und US-\$ für die Tötung von Roma ausschrieben. Die tschechischen Skinheads, teils organisiert in einer Gang namens Ku Klux Klan, sind in diesem Sinn auch bereits zur Tat geschritten.

Im Lauf eines Angriffs auf das Haus seiner Familie in Klatovy wurde der junge Rom Emil Bendik dermassen zusammengeschlagen, dass er nach zwei Tagen im Spital verstarb, am 23. Februar 1991.

Noch ist der Pegelstand der Verarmung auf der einen und des Profits auf der anderen Seite, den die weltweite Marktwirtschaft den einzelnen ehemals staatssozialistischen Ländern zumessen wird, nicht an seinen Maxima und Minima angelangt. Die weitere Entwicklung und damit auch das weitere Schicksal der bevölkerungsmässigen Randgruppen wie der Roma ist unabsehbar.

Klar aber ist, dass die reichen europäischen Staaten sich gegen eine zweite Wanderbewegung der osteuropäischen Roma Richtung West- und Mitteleuropa mit ähnlichen Mitteln wehren, wie sie es schon immer getan haben. Die Schweizer Behörden haben beispielsweise Rumänien zum sogenannten "safe country" erklärt. Damit wird es nur ganz wenigen besonders nützlichen Arbeitskräften unter den rumänischen Asylbewerbern in der Schweiz gelingen, hier Fuss zu fassen.

Ganz bevorzugt und systematisch zurückgewiesen werden jene Flüchtlingsfamilien, die sich als Roma zu erkennen geben, was viele aus Angst, sowohl von den Schweizern als auch von ihren ebenfalls Asyl suchenden Mitbürgern diskriminiert zu werden, deshalb nicht tun.

Dies ist die Lage, wie ich sie aus meiner Perspektive sehe. Sie scheint mir, abgesehen von der Beseitigung diktatorischer Strukturen, nicht sehr günstig für den Aufbau von solidarischen, toleranten, multikulturellen Gesellschaftsformen, wie sie Minderheiten wie den Roma zweifellos, in Ost und West, am besten entgegenkommen würden.

Trotzdem und deswegen ist der stete Versuch heute so dringlich wie gestern, in Richtung auf Toleranz, Wahrung der Menschenrechte, soziale Solidarität und gegenseitigen Respekt schrittweise voranzukommen. Die Entstehung, Organisation und Förderung von Bürrechtsgruppen und Parteien der Roma in allen osteuropäischen Ländern sind dabei ein Hoffnungszeichen.

Ich freue mich, vom hier anwesenden Vertreter der osteuropäischen Roma mehr und Genaueres darüber zu hören, als ich als Aussenstehender berichten kann.

Ich danke Ihnen.

Thomas Huonker

Auf der folgenden Seite finden Sie den
Bericht über den Osteuropatag des HEKS
in der Neuen Zürcher Zeitung vom 27. Januar 1992

INLAND

Neue Sündenbockrolle für Roma in Osteuropa?

Auf Einladung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK), des Hilfswerks der evangelischen Kirchen der Schweiz (Heks) und des Instituts Glaube in der Zweiten Welt haben sich am 4. Osteuropa-Tag am Samstag in Bern Fachleute, Betroffene und Interessierte mit der Situation der Fahrenden in Osteuropa befasst. Diese sind durch die neue Armut und den neu erwachten Nationalismus besonders gefährdet.

rom. Bern, 25. Januar

Dass Zigeuner, ähnlich wie die Juden, ausgegrenzt werden und als Sündenböcke für Ängste und Spannungen in der Gesellschaft herhalten müssen, gehört zu den traurigen Konstanten der Menschheitsgeschichte. Die materielle Not und die Identitätskrise in den um demokratische Strukturen ringenden Ländern Osteuropas bergen die Gefahr, dass wieder einmal die «Fahrenden» als schwächste Glieder ihrer Gesellschaft die ersten Opfer der neuen Armut und des neu erwachten Nationalismus werden. An der von gut 120 Personen besuchten Tagung im Kirchlichen Zentrum Bürenpark wurde vor allem über die Situation der Roma – jener Bevölkerungsgruppe, die im Mittelalter aus Indien nach Europa kam – in Rumänien berichtet.

Gemäss Schätzungen dürfte die Gesamtzahl der Roma bei 8 bis 10 Millionen liegen, wovon über die Hälfte in den südosteuropäischen Ländern leben. Die grösste Roma-Minderheit (bis 2 Millionen) hat Rumänien. Die teils als herumziehende Handwerker-, Schausteller- und Musikersippen, teils in ghettoartig abgeschirmten Siedlungen ansässigen Gelegenheitsarbeiter werden in Volkszählungen nur unvollständig als eigenständige Gruppen erfasst, da sie oft keinen Vorteil darin erblicken, sich als Roma registrieren zu lassen, weshalb man sich auf Schätzungen beschränken muss. In Rumänien gelten die Roma als zweitgrösste Minderheitsgruppe neben den Ungarn.

Übergriffe und Brandstiftungen

In seinem Referat erinnerte der Historiker Thomas Huonker daran, dass sich die Roma auch in den staatssozialistischen Gesellschaften auf der untersten Stufe der sozialen Wertschätzung befanden und die antifaschistische, die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Minoritäten vorgebende sozialistische Rhetorik keineswegs zu einer Gleichberechtigung der Roma, verbunden mit Respekt vor ihrer Kultur und Lebensweise, geführt hat. Die mit dem wirtschaftlichen Umbruch einhergehende Verarmung trifft nun neben der Arbeiterschaft in erster Linie jene, die schon vorher zu den Ärmsten gehörten, eben die Roma. Zu den gegenwärtigen Preisen eine vielköpfige Familie zu versorgen ist zurzeit nirgends in Osteuropa leicht, und die Roma-Familien sind traditionellerweise kinderreich. Andererseits haben die Roma eine jahrausendelange Erfahrung mit der Armut. Ihre Flexibilität und ihre Sippenstrukturen sichern ihnen auch in wirtschaftlichen Extremsituationen das Überleben.

Einzelne verstehen es auch, ihre traditionellen Fähigkeiten als Händler in der gegenwärtigen chaotischen Umbruchphase zu nutzen, was wiederum zum Vorwurf führt, sie beherrschten den Schwarzmarkt, und sie damit zu Sündenböcken für die Wirtschaftsmisere stempelt. Huonker wie auch die Rumänin Smeranda Enache, Mitbegründerin der Pro-Europa-Liga und Mit-

glied der Helsinki-Föderation, verwiesen auf Gewalttaten gegen Roma-Familien. So liessen im Juni 1990 unzufriedene Bergarbeiter ihre Wut an den Roma von Bukarest aus, und Behausungen von Roma-Familien wurden zerstört, ohne dass es je zu einem Prozess gegen die Brandstifter gekommen wäre. In der Tschechoslowakei sollen Plakate aufgetaucht sein, die hohe Kopfgelder in DM und US-Dollar für getötete Roma versprechen.

In der Diskussion wies ein Vertreter der rumänischen Botschaft in Bern, Konsul Grigore Pamfil Roman, den Ausdruck Pogrom in Zusammenhang mit den Ausschreitungen gegen Roma entschieden zurück. Es sei vereinzelt zu Übergriffen, auch seitens der Roma, und zu Überreaktionen der insgesamt toleranten rumänischen Bevölkerung gekommen. Die Behörden blieben keineswegs passiv. Frau Enache konterte mit dem Hinweis, dass es der rumänische Staatschef Iliescu bis heute versäumt habe, sich von extremistischen Gruppierungen zu distanzieren. Auch ein in der gegenwärtigen Identitätskrise dringend nötiger offizieller Appell zur Toleranz sei bisher nicht erfolgt.

Neue Bürgerrechtsgruppen und Parteien

Huonker anerkannte, dass die Lage der Roma in Rumänien glücklicherweise nicht mit der Situation in Deutschland in den dreissiger Jahren verglichen werden könne, und fragte sich, welche Reaktionen wohl in der Schweiz zu erwarten wären bei einem achtprozentigen Bevölkerungsanteil der Roma, massiver Arbeitslosigkeit und einer Inflation von mehreren hundert Prozent. Auch ohne solche erschwerenden Umstände bekommt beispielsweise die Schriftstellerin Mariella Mehr als Jenische in unserem Land Hass zu spüren, wie sie bemerkte.

Als Hoffnungszeichen wurde an der Tagung die Entstehung und Förderung von Bürgerrechtsgruppen und Parteien der Roma in allen osteuropäischen Ländern gewertet. Rudolf Moca, Präsident der Demokratischen Roma-Union von Tirgu-Mures, berichtete von den Anstrengungen zur Förderung des Schulbesuchs für Roma-Kinder oder zur Schaffung eines Kulturzentrums. Dass die Roma eine homogene Minderheit weder in sprachlicher und religiöser Hinsicht noch punkto Lebensweise – die Mehrheit hat einen festen Wohnsitz, eine Minderheit sind noch Fahrende – darstellen, erleichtert die politische Vertretung dieser Bevölkerungsgruppe keineswegs. Der ungarische Pastor Antal Hadhazy sprach denn auch von rund 70 politischen Zigeunerorganisationen in seiner Heimat.

Rezepte zur Lösung der Minoritätenprobleme konnte und wollte die Tagung nicht bieten. Sie sollte aber nach den Worten von SEK-Präsident Pfarrer Heinrich Rusterholz aus der Haltung des blossen Zuschauens, der «Herzensträgheit», aufrütteln, «damit sich das Schicksal der Roma nicht wiederholt, weil wir bloss zugeschaut, weggeschaut oder die Nase gerümpft haben».